

Dr. ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.485.350

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2643/J-NR/2025

Wien, am 14. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juni 2025 unter der Nr. **2643/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Rechtliche Inkonsistenz bei Entscheidungsbefugnissen Minderjähriger im Zusammenhang mit postmortalen Organspenden“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

- *1. Wie viele postmortale Organspenden von Personen zwischen dem 14. und dem vollendeten 18. Lebensjahr wurden seit dem Jahr 2015 in Österreich jährlich registriert?*
- *2. Wie viele Minderjährige im Alter von 14 bis 18 Jahren haben seit 2015 eine ausdrückliche Widerspruchserklärung gemäß § 8 OTPG abgegeben?*
- *3. Existieren Richtlinien oder Empfehlungen Ihres Ressorts hinsichtlich der Aufklärung von Jugendlichen über die Möglichkeit zur Widerspruchserklärung und deren rechtlicher Tragweite?*
- *4. In welcher Form erfolgt derzeit die Information Jugendlicher über das Widerspruchsrecht - etwa im schulischen Kontext, über Gesundheitsbehörden oder durch Aufklärungskampagnen?*

- *5. Existieren in Ihrem Ressort Überlegungen, die Altersgrenze für eine wirksame Widerspruchserklärung zur postmortalen Organspende anzuheben?*
a. Falls nein, warum nicht?
- *6. Wie rechtfertigt Ihr Ressort die Einwilligungsfähigkeit bei postmortalen Organspenden ab 14 Jahren?*
- *7. Wie viele Tätowierungen wurden seit dem Jahr 2015 jährlich an Minderjährigen unter 18 Jahren in Österreich vorgenommen?*
- *8. Wie viele Schönheitsoperationen wurden seit dem Jahr 2015 jährlich an Minderjährigen unter 18 Jahren in Österreich durchgeführt?*

Dazu liegen dem Bundesministerium für Justiz keine Daten vor.

Die Vollziehung des Organtransplantationsgesetzes liegt nicht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

